

Berliner Steuergespräche

# Steuerliche Arbeitsanreize

**insbesondere Aktivrente, steuerfreie Überstundenzuschläge  
und Mehrarbeitsprämien**

Abteilungsleiterin im BMF  
Frau Anette Wagner

- I. Aktivrente**
- II. Überstundenzuschläge**
- III. Teilzeitaufstockungsprämie**
- IV. Ehegattensplitting / Realsplitting**
- V. Faktorverfahren**
- VI. Kinderbetreuungskosten**
- VII. Alleinerziehende**

# I. Aktivrente

## Zielsetzung der Aktivrente

- zusätzliche finanzielle Anreize schaffen, damit sich freiwilliges längeres Arbeiten mehr lohnt
- Abmilderung von Fachkräfteengpässen
- Studien zeigen Potential von ca. 25.000 zusätzlichen Arbeitskräften

## Steuerlicher Anreiz durch Steuerfreistellung

- Koalitionsparteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass diejenigen, die das gesetzliche Rentenalter erreicht haben und freiwillig weiterarbeiten, ihr Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei erhalten sollen.

## Ausgestaltung

- Durch Aktivrente bleibt der Arbeitslohn bis zu **2.000 Euro im Monat steuerfrei**;
- Start ab **1. Januar 2026**;
- nur **abhängige / nichtselbständige sozialversicherungspflichte Beschäftigungsverhältnisse** (nicht für Gewerbetreibende, Freiberufler und selbständige Tätigkeiten oder Land- und Forstwirtschaft);
- ab **Erreichen der Regelaltersgrenze** (keine langjährig oder besonders langjährig Versicherten);
- Berücksichtigung der Steuerbefreiung bereits **im Lohnsteuerabzugsverfahren** (monatlich mehr Netto / nicht erst über die Steuererklärung/Veranlagung)

## Weitere Eckpunkte:

- **Keine** Anwendung des **Progressionsvorbehalt**;
- **Keine Saldierung**;
- **Kein Wegfall der Sozialversicherungspflicht**:
  - Durch das steuerliche geförderte Weiterarbeiten im Alter werden nicht nur wirtschaftspolitische Impulse gesetzt, sondern es werden auch die Sozialkassen (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) gestärkt;
  - Eigene Renten- und Arbeitslosenbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfallen allerdings;
- **Evaluierung** der Regelung nach zwei Jahren.

## II. Überstundenzuschläge

## II. Überstundenzuschläge

### Anreize für Mehrarbeit

Der Koalitionsvertrag enthält steuerliche Vorschläge zur Stärkung der Arbeitsanreize, wie die Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge.

### Überstundenzuschläge

- **Ziel:** Anreiz für Überstunden schaffen
- Hierzu sollen Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigten steuerfrei gestellt werden. Dies gilt nicht für Teilzeitkräfte.
- Unterschiedliche Mindestwochenarbeitszeiten: 34 Stunden für Tarifbeschäftigte und 40 Stunden für Nicht-Tarifbeschäftigte.



## **III. Teilzeitaufstockungsprämie**

# III. Teilzeitaufstockungsprämie

## Anreize für Mehrarbeit

Der Koalitionsvertrag enthält steuerliche Vorschläge zur Stärkung der Arbeitsanreize, wie die sog. Teilzeitaufstockungsprämie.

## Teilzeitaufstockungsprämie

- **Ziel:** Anreiz für die Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten schaffen.
- Hierzu sollen zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die neben dem erhöhten Arbeitslohn für die Aufstockung gewährt werden, (ggf. gestaffelt) steuerfrei gestellt werden. (Teilzeitaufstockungsprämie)
- Zahlung einer Teilzeitaufstockungsprämie bis zu 4.500 Euro denkbar

# III. Überstundenzuschläge und Teilzeitaufstockungsprämie

## **Zu beachtende Vorgaben und Herausforderungen für beide Regelungen**

Insbesondere die Begünstigung von Überstundenzuschlägen für Vollzeitbeschäftigte wirft einige rechtliche, soziale und ökonomische Fragen auf.

Es gilt daher die zentralen Vorgaben und Herausforderungen zu berücksichtigen, z. B.:

- Beachtung des Gleichbehandlungsgebots
- Auswirkungen auf Gleichberechtigung
- Steuerpolitische und volkswirtschaftliche Auswirkungen (u.a. Tarifdruck: Zahlung von Überstundenzuschlägen von AG nicht gewollt; positive wirtschaftliche Effekte fraglich)
- Vermeidung von Mitnahmeeffekten und gezielter Steuergestaltungen (z.B. durch Mindestarbeitszeiten)

## **IV. Ehegattensplitting / Realsplitting**

# IV. Ehegattensplitting / Realsplitting (1)

## Koalitionsvertrag

- Eine Reform des Ehegattensplittings ist nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages.
- Eine Reform ist jedoch aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten und einer Arbeitsanreizwirkung idR für Frauen wünschenswert.
- Dabei wären verfassungsrechtliche, verteilungspolitische, familienpolitische, arbeitsmarktpolitische, haushaltspolitische und weitere Aspekte zu prüfen.

## IV. Ehegattensplitting / Realsplitting (2)

- **Zur Steigerung der Arbeitsanreize von Zweitverdienenden:**

Viele Ökonomen in DEU (z. B. Wirtschaftsweise, Wissenschaftliche Beiräte BMF, BMWF) sprechen sich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für Reformen des Ehegattensplittings in **Richtung Realsplitting** oder verwandter Modelle aus

- z. B. mit Orientierung des maximal auf den Zweitverdienenden übertragbaren Betrags am Unterhaltsrecht (Unterhaltshöchstbetrag).

## V. Faktorverfahren

## Koalitionsvertrag

Nicht im Koalitionsvertrag enthalten ist das Projekt der Überführung der Steuerklassen III und V in ein weitgehend automatisiertes Faktorverfahren.

## Vereinfachungspotential

- Gerechtere Besteuerung für den eigenen Arbeitslohn des jeweiligen Ehegatten
- Stärkung von Teilzeitarbeitenden (keine Besteuerung in der Steuerklasse V mehr)
- Zahl der Pflichtveranlagungen für Arbeitnehmende könnte deutlich reduziert werden
- Weniger Nachzahlungen und Vorauszahlungsfestsetzungen



## **VI. Kinderbetreuungskosten**

## Grundsatz

- Aufwendungen für Betreuung, Erziehung und (schulische) Ausbildung des Kindes werden steuerlich bereits durch Familienleistungsausgleich (Kindergeld und Freibeträge für Kinder) berücksichtigt
- Kinderbetreuungsaufwand als Teil des familiären Existenzminimums ist von Verfassungs wegen in gleicher Höhe steuerlich zu berücksichtigen - unabhängig davon, ob und in welcher Höhe im konkreten Fall Aufwendungen erforderlich sind
- Betreuungsfreibetrag (§ 32 Absatz 6 EStG) deckt persönliche Betreuung und Fremdbetreuung von Kindern ab

## Sonderausgabenabzug

- über verfassungsgemäß gebotene Mindestfreistellung hinaus ist eine weitergehende steuerliche Freistellung nach § 10 Absatz 1 Nr. 5 EStG möglich
- danach können 80 Prozent der Aufwendungen, höchstens 4.800 Euro je Kind, als Sonderausgaben berücksichtigt werden
- letzte Anpassung mit JStG 2024 ab VZ 2025

## **VII. Alleinerziehende**

## Grundsatz

- Alleinerziehende können den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG) in Anspruch nehmen. Er ist zuletzt stark erhöht worden und beträgt 4.260 € (zuzüglich 240 € für jedes weitere Kind). Er soll die höheren Kosten für die eigene Lebens- bzw. Haushaltsführung von Alleinerziehenden abgelten.
- Der Gesetzgeber unterstellt, dass die alleinige Verantwortung für Kinder die Alltagsbewältigung einengt und bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit ohne die Unterstützung einer anderen erwachsenen Person zu einer besonderen wirtschaftlichen Belastung führt.
- Er wirkt sich nur aus (z. B. über die Steuerklasse II), wenn Einkünfte erzielt werden.

### Änderungen geplant

- Der Koalitionsvertrag enthält die Aussage „Wir werden die finanzielle Situation von Alleinerziehenden durch Anhebung oder Weiterentwicklung des Alleinerziehenden-Entlastungsbetrags verbessern.“
- Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in seiner jetzigen Form begünstigt insbesondere gutverdienende Alleinerziehende, auch mit erwachsenen Kindern. Geringverdienende Alleinerziehende, selbst mit kleinen Kindern, werden dagegen gering entlastet.
- Dies spricht gegen eine weitere Anhebung des bisherigen Entlastungsbetrages und für eine Weiterentwicklung. Verschiedene Optionen werden geprüft.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Abteilungsleiterin im BMF  
Frau Anette Wagner